DIE PRÄSIDENTSCHAFTS-CAMPAGNE VON 1872

by
Roscoe Conkling

Dar. Rm.
E675
C752
1872g

UNIVERSITY
OF PITTSBURGH
LIBRARY

Dar.Rm.
E675
C752
1872g

THIS BOOK PRESENTED BY
The Buhl Foundation

Dar Rm
E675
C752
1872 9

Die Präsidentschafts-Campagne von 1872.

Grant und seine Verläumder; Thaten gegen Worte.

Auszug aus der Rede

des

Hon. Roscoe Conkling,

im Cooper Institut, New York,

Dienstag, 23. Juli, 1872.

Nichts rettet Macht und Größe vor dem Gift
Der Schmähsucht; auch die reinste Unschuld trifft
Verleumdung hinterrücks; ja selbst den Thron
Erreicht der tück'schen Lästerzunge Hohn.

Maaß für Maaß.

Seit nahezu zwanzig Jahren habe ich nun die Ehre, vor meinen Mitbürgern politische Fragen zu discutiren, und zu großer Eifer ist vielleicht mein Fehler gewesen. Doch noch keine Wahl-Campagne hat so sehr an mein Herz appellirt, noch keine ist so sehr von falschem Spiel, Ungerechtigkeit und Hinterlist begleitet gewesen, als diese, welche aber auch zu gleicher Zeit mehr denn jede andere den gesunden Menschenverstand und die Großmuth des Präsidenten auf die Probe stellt.

Ungerechtigkeit gegen den Präsidenten.

Während der 11 Jahre, welche ich dem Lande in dem Congresse gedient habe, hatte ich Gelegenheit, die Amtsverwaltung von vier Präsidenten zu beobachten und viele öffentliche Personen kennen zu lernen; und wenn unter Allen, Lebenden oder Todten, Einer ist, der niemals wissentlich seine Pflicht verletzt hat, so ist es Ulysses Sidney Grant. Es ist ein weiser Fingerzeig der Vorsehung, dieser Name Sidney, denn seine größte und edelste Tugend ist die Großmuth. Wenn es je einen hohen Beamten gab, der stets bereit ist, seine Fehler zu verbessern; wenn Einer existirte, der stets weise, fest und ehrenwerth handelte, in Allem, was ihm übertragen wurde, so ist dieser Eine der Soldat im Kriege, der bescheidene Patriot im Frieden, welcher von jedem Orte in sechsundvierzig Staaten und Territorien zu dem hohen Amte wieder nominirt wurde, das er nun verwaltet. Dieser Mann jedoch, so ehrlich, brav und bescheiden und, wie seine großen Thaten beweisen, mit Genie, gesundem Menschenverstand und moralischen Tugenden begabt, welche der größten Aufgabe gewachsen sind; dieser Mann, der Retter des Vaterlandes, der unsere Nationalität und unsere heilige Sache vor dem Untergang bewahrte und sie siegreich auf seinem Schilde durch das Gelöse der Schlachten trug, in denen sie, ohne seinen Genius, in den Staub gesunken wäre; dieser Mann, unter dessen Verwaltung das Land beispiellos emporblüht, und dem der Nation Dank und Segen gebührt, — dieser Mann wird gemacht zur Zielscheibe giftiger Pfeile der Verleumdung und des Hasses. Und warum? Einfach weil er ehrgeizigen Politikern und Intriguanten im Wege steht. Viele ehrbare Männer stimmen in das allgemeine Geschrei ein oder dulden es, ohne zu remonstriren, denn ihre Blicke sind durch die Wolken der Verleumdung, welche den Himmel bedecken, unnachtet. Und die Urheber dieses Geschreies sind jene Unzufriedenen und Käuflichen, die der Politik folgen,

wie die Haifische dem Schiffe. Seit Monaten werden Schmutzbatterien aufgeworfen gegen den Präsidenten, dessen Familie und Alle, welche in näherer Beziehung zu ihm stehen. Jeder Dieb, Speichellecker und Faulpelz, welcher aus einem Amte herausgeworfen wurde, jeder abgeblitzte Mauser um Amt und Beute, jeder Zurückgesetzte und in seiner Eitelkeit Verletzte — sie Alle, welche von einem Wechsel zu profitiren gedenken, schnattern mit giftiger Zunge oder schreiben mit schmutziger Dinte. Der Präsident kann in Folge seiner hohen Stellung die politische Arena nicht betreten und sich vertheidigen; der Gegen-Candidat, der hinter den Coulissen eine große Zeitung leitet, hat freien Spielraum zur Vertheidigung und zur Selbstlobhudelei, und glaubt sich ermächtigt, sein Blatt mit erfundenen und gemeinen Verleumdungen zu füllen, in der Hoffnung, auf solche Weise einen Namen in den Koth zu ziehen, welcher einer der kostbarsten Schätze der Nation ist und der Stolz der Nachwelt sein wird. Alle diese Selbstbefleckung wird schließlich die Urheber der Verachtung preisgeben, wird weder Grant, noch die Nation beflecken, denn die Nation wird sie von sich weisen und Vergeltung üben. Die ungeheuerlichen Gemeinheiten, welche auf den General Jackson gehäuft wurden, sicherten dessen Wiederwahl; das beleidigte Volk zerhieb den Knoten der Verleumdung, und es wird es wieder thun.

Worin die Opposition Fehler begangen hat.

Das amerikanische Volk mag in politischen Fragen irren, es mag getäuscht werden, aber mit der Wahrheit vor sich, wird es nie ungerecht sein und sich selbst niemals untreu werden Undankbarkeit wird den Republiken vorgeworfen, doch derselben haben sich gerade die Feinde des Präsidenten schuldig gemacht. Hätten die überlegten Veteranen der Demokratie die der Volke zur Entscheidung vorliegenden Fragen selbst ausgewählt, so hätten sie dieselben so eingezäumt, daß das Volk seine Zustimmung hätte geben können, ohne zu gleicher Zeit den Namen des General Grant zu schmähen. Doch die demokratischen Staatsmänner, die Führer in hundert Schlachten, waren ruhige Zuschauer und überließen die Führung in dem bevorstehenden Kampfe den republikanischen Renegaten und Hinausgeworfenen, jenen Männern, welche, von Haß und Neid angeschwollen, zu dem gemeinsten Racheakt fähig sind. Wenn ein Christ zum Türken wird, so spuckt er auf das Kreuz, und wenn ein Ultra-Radikaler mit dem Feinde erst heimlich unterhandelt und erst dann sich als Verräther entlarvt, so wird er der wildesten Gegner einer. Den Führern der neuen Bewegung leuchtet kein glänzender Stern voran, sie folgten den Eingebungen des Hasses gegen Grant und dessen Anhänger. Diese hochedlen Patrioten nennen sich „Reformatoren," und doch dürfen sie nicht den Kampfplatz auf dem Gebiete der Reform und politischen Moral suchen, sondern nur in den Morästen, fechtend mit den Waffen des Hasses und der Rache. Der Präsident soll absolut politisch vor ein Kriegsgericht gestellt oder als ein Verbrecher von einem Volksgericht verurtheilt werden.

Im Senate verhielten sich die Demokraten ruhig oder lagen ihren Pflichten ob; ich gebe ihnen dafür Credit, daß sie wenig Zeit verschwendet haben. Doch jene Reformatoren und Renegaten verschwendeten acht Monate der kostbaren Zeit, um ihrem Haß gegen Grant freien Lauf zu lassen. Die Zeitungen, welche ihrem Einfluß zugänglich waren, stimmten mit ein in das Geschrei: „Wir gehen mit dem Teufel, um nur Grant zu schlagen." Sie haben die politischen Fragen so verballhornisirt und die Kampfobjekte so verschoben, daß es sich nicht mehr blos darum dreht, ob Grant abermals erwählt werden soll, sondern darum, ob dieser Mann durch der Volkes Stimme als Narr, Schurke, Charlatan und der Feind seines Landes gebrandmarkt werden soll. Wäre der Kampf auf dem legitimen Boden der Politik ausgefochten worden, so würde die Entscheidung nur Parteifragen und Grundsätze berührt haben und nicht zum Verdammungsurtheil geworden sein.

Eine Platform aus Verleumdungen, von Unzufriedenen gezimmert.

Nun frage ich, welches sind die Beschuldigungen? Welche politischen Grundsätze der republikanischen Partei oder ihrer Candidaten verwirft diese Coalition der Anti-Grant-Leute um jeden Preis? Kann Jemand mir dieselben nennen? Lest das Manifest, lest den Brief Greeley's an das New-Yorker Staats-Committee; diese Dokumente enthalten nichts als persönliche Verleumdungen gegen den Präsidenten.

Höret doch die Anklage, welche diese Cincinnatier Sippe, diese politischen Lazzaronis, die die achtbaren Männer längst verlassen haben, gegen den Präsidenten schleudern:

„Der Präsident hat sein Amt zu selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht.
Er hat bestechliche und unfähige Menschen in Amt und Würde erhalten.
Er hat sein Amt und den öffentlichen Dienst zu politischen Zwecken mißbraucht und in tyrannischer Weise sich in die Regierungen der Staaten gemischt.
Er hat sich durch Geschenke erkaufen lassen.
Er ist nicht bloß unfähig für das hohe Amt, sondern auch pflichtvergessen und unverzeihlich nachlässig."

Dieses sind die fürchterlichen Anklagen, welche Greeley und seine Knappen jener Cincinnatier Versammlung nachheulen, von der der ehrenwerthe John Cochrane sagt, daß sie die achtbarste und klügste Versammlung, welche je diesem in Lande abgehalten, gewesen sei.

Nichts Greifbares über Tarif, Amnestie und Civil-Dienst-Reform.

Die in Cincinnati angenommene Resolution bezüglich des Tarifs ist weiter nichts, als ein Gaukelspiel, durch das kein Mensch mit fünf gesunden Sinnen getäuscht werden kann. Die Resolution bezüglich des Congresses und die Centralisation beziehen sich auf jene Akte, welche im Ganzen und im Einzelnen von Herrn Greeley befürwortet, ja oft erzwungen wurden. Die Amnestie-Resolution ist in blauem Dunst aufgegangen, da durch Congreß-Beschluß alle Rebellen, außer Jefferson Davis und etwa zweihundert Meineidigen, pardonirt worden sind. — Was die Civildienstreform betrifft, so hat Präsident Grant in dieser Beziehung klar genug seiner Zustimmung Ausdruck verliehen, und die Philadelphia Convention hat sich feierlichst dafür verpflichtet. Es ergiebt sich also kein Kampfobjekt, und die Frage in der nächsten Campagne ist einfach die, welcher der beiden Candidaten für das hohe Amt am besten sich qualificirt.

Die demokratische Partei unterschreibt ihr Todesurtheil. Was man den Demokraten zumuthet.

Durch die Indossirung der Cincinnati Platform zu Baltimore und die Acceptirung Greeley's als Candidaten hat die demokratische Partei ihre Niederlage in allen Hauptfragen des Jahrhunderts eingestanden. Indem sie den Radikalsten der Ultra-Radikalen als Bannerträger erkor, erkannte sie die Grundsätze und Nothwendigkeit der republikanischen Partei an. Fürwahr, das größte Compliment, das derselben nur gemacht werden könnte. Es giebt also jetzt keinen weiteren Unterschied mehr zwischen beiden Parteien. Selbst das Kukluxgesetz ist kein Stein des Anstoßes, denn Greeley war dessen eifrigster Befürworter, und das einzige Mal, das ich in der „Tribune" gelobt wurde, war aus Anlaß der Einführung dieser Maßregel. Ich traute meinen Augen nicht, als ich den betreffenden Artikel las. Denn seit ich, anstatt Greeley's, zum Bundessenator erwählt worden, hatte mir dieser den politischen Tod geschworen. Und doch konnte dieser leidenschaftliche Mann aus Freude über die Annahme der Kuklux-Akte für den Augenblick seinen Haß vergessen und mir ein Loblied singen. Die Herren Anti-Grant-Acteure spielen fürwahr ein gewagtes Spiel, wenn sie den Demokraten zumuthen, einen alten Whig und den Herodot in der republikanischen Partei, welcher mehr denn jeder Andere ihre Partei verunglimpft hat, zu verdauen. Was sagen die Bekämpfer des Maine Law zu der Candidatur des Mannes, welcher, der schlimmsten Wasserfanatiker Einer, selbst den Genuß des Lagerbiers als Todsünde verbieten würde? Wäre ein demokratisches Ticket im Felde, so wüßten die Parteimitglieder, was sie zu thun hätten; doch jetzt, da ihre Wahl zwischen Republikanern sein muß, so wird man jenen wohl gestatten müssen, für sich selbst zu wählen. Das werden die Herren Liberal-Republikaner bald ausfinden.

Doch werden die patriotischen Demokraten Greeley Grant vorziehen? Wenn dies der Fall wäre, müßten sie es der Person wegen oder politischer Grundsätze halber thun, die Letzterer repräsentirt. Nun frage ich: Welche Demokraten sind für Repudiation? Sind dieselben für Widerruf des 13., 14., und 15. Zusatz-Artikels zur Constitution? Wollen sie die Sklaverei wieder herstellen? Wollen sie die Rebellenschuld bezahlen? Sind die Demokraten einer Regierung entgegen, welche Friede nach Außen und Wohlstand im Lande fördert? Nun, wenn nicht, so stimmen sie mit den Grundsätzen und der Politik des General Grant überein.

Grants Vergangenheit

ist zu wohl bekannt, als daß es nöthig wäre, dieselbe eingehend zu beleuchten. Doch will ich einige Momente derselben den Zuhörern in's Gedächtniß zurückrufen. Der Knabe Grant arbeitete unter der Leitung des Vaters und der liebevollen Aufsicht der Mutter auf der elterlichen Farm. Der Trieb nach höherem Wissen und die aufkeimenden Talente brachten Ulysses nach West Point. Von dort schreibt er der lieben Mutter, wie sehr er sie vermißt, wie er studirt und in der Schule der Soldaten sein Vaterland lieben lernt. Er wird Offizier und kämpft mit Auszeichnung in Mexico. Von dort zurückgekehrt, ernährt er sich und seine Familie mit seiner Hände Arbeit und lebt einfach und bescheiden auf einer kleinen Farm. Der Krieg brach aus und der Farmer eilt, ohne pompöse Uniform, ohne Commission, als gemeiner Soldat seinem Vaterland zur Hülfe, um vier Jahre später als Retter desselben gepriesen zu werden, und zwar von denselben Leuten, welche jetzt dessen Verdienste um Freiheit und Vaterland in den Koth zu ziehen suchen. Man beschuldigt Grant, daß er als Präsident

große und werthvolle Geschenke

genommen habe. Das ist nicht wahr. Als der Krieg beendet war, haben hervorragende Unionsleute subscribirt, um dem Helden, der als General eben so arm geblieben, wie er als Farmer war, eine Heimstätte zu kaufen. Und das war recht. Haben nicht seit undenklichen Zeiten alle Nationen ihre Helden belohnt? Wie viele Millionen erhielten Wellington, Nelson, Cromwell und Andere? Hat nicht das deutsche Volk seinen Helden des letzten Krieges Millio-

nen dolirt? Wo ist der Deutsche, der einen Bismarck oder Moltke deßwegen der Bestechlichkeit zeihen dürfte? Der, welcher dieses behauptete, wäre wohl besser aufgehoben in der Greeley-Menagerie, als in dem sichersten Versteck in New-York oder Deutschland. Man beschuldigt den Präsidenten, die Subscribenten zu diesem Fond zu hohen Aemtern ernannt zu haben. Betrachte man die Wahrheit! Nur drei dieser Bürger wurden ernannt und diese, weil der Präsident sie für die respektiven Aemter für außerordentlich befähigt hielt und sie keine Politiker waren. Die Herren Stewart, Bowie und Grinnell sind im ganzen Lande als noble Geschäftsmänner und ehrenwerthe Charaktere bekannt, und die „Tribune" applaudirte der Ernennung.

„Wie viel der Präsident werth ist."

Da die Herren Liberal-Republikaner und die New-Yorker „Tribune" so schöne Märchen über den fabelhaften Reichthum des Präsidenten zu erzählen wissen, so wird, obgleich es eine unangenehme Sache ist und die Billigung des Präsidenten nicht erhalten wird, eine gedrängte Darstellung der Vermögensverhältnisse desselben nicht am unrechten Platze sein.

Grant besaß vor dem Kriege zu Galena ein Haus und erwarb während desselben einige Baustellen in Chicago und Eisenbahn-Aktien. Frau Grant erbte einen Theil der Farm ihres Vaters in Missouri. Später kaufte der Präsident mit einem Theil der ihm geschenkten $100,000 das Eigenthumsrecht über die ganze Farm, mit dem Reste des Geldes wurde das Haus in Washington gekauft, jedoch später an General Sherman übertragen und ein Heim in Long Branch gebaut. Bürger von Philadelphia schenkten ihm ein Haus, welches etwa für $2000 vermiethet ist.

Außerdem kaufte der Präsident für $100,000 werth Aktien der Seneca Steingesellschaft zu dem nominellen Preise, doch hat er bis jetzt aus dieser Transaktion keinen Vortheil gezogen.

Grant ist der Bestechung nicht zugänglich und kein Aemterjäger.

Wenn Grant durch das Amt hätte reich werden wollen, wäre er niemals Präsident geworden. Sein Gehalt als General der Armee war lebenslänglich und fast so groß, wie der des Präsidenten. Als General hatte er auch bessere Gelegenheit, in vier Jahren mehr Geld zu machen, als jetzt in acht. Hätte ihn der Geiz beseelt, so würde er das Amt eines Präsidenten verschmäht haben. *Doch nicht er suchte das Amt, sondern das Amt ihn.*

Er hat nie den Wunsch ausgedrückt, wieder gewählt zu werden. Und erst dann, als er nach jeder Seite hin sicher war, daß die Partei ihn, als den einzigen Mann, welcher nicht geschlagen werden kann, verlangte, erst dann hat er in seine Wiederwahl gewilligt.

Vor länger als einem Jahre hat er mir privatim den ernstesten Wunsch ausgedrückt, den öffentlichen Dienst zu verlassen. So wie er zu West Point die Tage bis zu seiner Graduirung gezählt, habe er damals auch nicht den Ablauf seines Präsidenten-Termins erwarten können. Die fähigsten und unbescholtensten Mitglieder des Senats, welche diese seine Gesinnung kannten, drückten sehr oft ihre Sorge über diesen seinen Widerwillen, nochmals als Candidat aufzutreten, aus. Doch als ein Regen von schmutzigen Angriffen auf ihn herabfiel, da war die Partei geborgen. Denn Grant zögert niemals, wenn sein Muth auf die Probe gestellt wird. Wir sind den Fahnenflüchtigen in zweifacher Hinsicht verpflichtet. Erstens ist durch ihren Verrath die Partei gereinigt worden, und zweitens haben sie ihr einen Candidaten gesichert, welcher, nach Horace Greeley's Worten, *„niemals geschlagen worden ist und niemals geschlagen werden wird."* Die auf ihn gemachten Angriffe hatten nur eine für ihn günstige Wirkung. Der nächste Versuch, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, ging von der New-Yorker „Tribune" und anderen Journalen aus, welche seit Jahresfrist die niedrigsten Handlangerdienste für die demokratische Partei gethan hatten. Sie erhoben das Geschrei: „Die Aemterinhaber wollen Grant schmieren!" Diese Verleumdung wurde bis zur Philadelphia Convention gebraucht. Da ergab es sich, daß unter 750 Delegaten nur 30 Aemterinhaber sich befanden — ein in der amerikanischen Politik einzig dastehendes Beispiel. In allen bisherigen National-Conventionen der herrschenden Partei waren die Beamten zahlreich vertreten. Vielleicht kein Bezirk im ganzen Lande strafte die Behauptung, daß die Beamten das Land regierten, besser Lügen, als die 7. Ward der Stadt Boston. Hier, wo Herr Sumner die Auswahl der „Aemterinhaber" sorgfältig überwacht, waren die Primärversammlungen ungewöhnlich stark besucht, und die Republikaner erklärten sich in Masse für Grant, während Herr Sumner über keine einzige Stimme gebieten konnte

Philadelphia Convention. Henry Wilson.

Der Namensaufruf in der National-Convention wurde von den Vertretern a[illegible]ten mit einer Einmüthigkeit und einem Geiste beantwortet, welcher die Convention zur bemerkenswerthesten aller je gehaltenen und die Nomination zur schmeichelhaftesten machte, welche je einem Candidaten gegeben wurde. Wegen des ausgesprochenen Wunsches des

Herrn Colfax, vom öffentlichen Leben zurückzutreten, fiel die Wahl für die zweite Stelle des Tickets auf den Mann, den Ben Wade „als die Verkörperung der amerikanischen Bürgerschaft“ so gut bezeichnet hat.

In Armuth und Arbeit aufgewachsen, hat der große Schuhmacher sich während eines langen Lebens eine achtunggebietende Stellung unter seinen Landsleuten errungen, welche ihn zur Bekleidung des zweiten Amtes in der Republik fähig macht. Ohne den Gegensatz zwischen seinem Collegen und ihm, würde der Preis ihm wahrscheinlich nicht zugefallen sein. Doch das unentschuldbare Benehmen des Herrn Sumner veranlaßte die Commission, Herrn Wilson als Vicepräsidenten vorzuziehen, sowohl seines eigenen großen Verdienstes wegen, als auch, weil seine Nomination ein nationales Urtheil sein würde gegen die Anmaßung, daß die republikanische Partei einem Manne gehöre, wie verdienstvoll seine Vergangenheit auch sein möge. Herr Wilson ist seit vielen Jahren Senator, und hat zu jeder Zeit die republikanischen Maßregeln unterstützt und ist, nach seinem eigenen Wunsche, für die Handlungen der Partei und die Politik der Administration verantwortlich. Die Einwürfe gegen Grant sind auch auf ihn anwendbar.

Wenn die gegen die Administration erhobenen Anklagen sich als begründet erwiesen, so verdiente das republikanische Ticket geschlagen zu werden. In früheren Präsidentenwahlen benutzte man derartige Anklagen als Ballast für andere und sehr verschiedene Dinge.

George Washington und andere Präsidenten verleumdet.

Niemals zuvor bildete sich eine politische Partei auf Persönlichkeiten und Skandal und auf weiter nichts. George Washington wurde von seinen politischen Gegnern mit schweren Anschwärzungen heimgesucht. Während die Unterhandlungen wegen Jay's Vertrag schwebten, welchen Washington ernstlich befürwortete, wurde, wie uns Oberrichter Marshall mittheilt, Washington's militärischer und politischer Charakter mit gleicher Heftigkeit angegriffen, und ihm jedes Verdienst als Soldat und Staatsmann abgesprochen. Er sollte die Constitution verletzt haben, indem er den Vertrag abschloß, ohne vorher den Senat zu befragen. Man verlangte deshalb sein Impeachment. Aus dem Staatsschatz sollte er mehr Geld gezogen haben, als sein Gehalt betrug, und diese Verläumdung wurde hartnäckig wiederholt, obwohl der Schatzsekretär sie widerlegte.

Erinnern uns diese Angriffe auf Washington nicht an Dinge, die sich jetzt um uns herum ereignen? Jackson wurde unmenschlich verlästert und in einem Pamphlet selbst der Vaterschaft farbiger Bastarde geziehen. Die Convention, welche Polk nominirte, hängte am Balkon eine lebensgroße Carricatur Henry Clay's auf, welche mit Blut besudelt war.

Zwischen den Beschimpfungen Washington's, Jackson's, Buchanan's und Lincoln's und denen, welche jetzt gegen Grant geschleudert werden, besteht aber ein bemerkenswerther Unterschied. In allen Fällen wurden die öffentlichen Maßregeln, die politische Richtung der anderen Präsidenten bekämpft und die persönliche Verleumdung diente nur als Hilfsmittel für die Hauptfrage. In dem jetzigen Kampfe ist die persönliche Schmähung das Alpha und Omega auf der einen Seite. John Quincy Adams wurde wegen seiner Aemtervergebung auf die giftigste Weise angegriffen, gerade wie sein Vater und zwar dafür, daß er Verwandte angestellt hatte. Doch alles dies fand nur in Folge schwerer politischer Fragen statt.

Welche politische Richtung Grant's oder seiner Administration wird von der Gegenpartei angegriffen? Welchen Theil der jetzigen Politik wollen sie verwerfen oder verändern? Schwere Worte, unbestimmte, nebelhafte Denunciationen wird man finden, doch prüfe man die wichtigen Stellungen und Maßregeln der Administration eine nach der andern, und als welchen, mit Ausnahme des San Domingo Vertrags, kann man ihr einen Vorwurf machen?

Doch setzen wir den Fall, alle gemeinen Vorwürfe gegen Grant seien begründet — was bedeuten sie? Mag er ein Dutzend Verwandte in Aemter gebracht, mag er die Ansprüche gewisser Politiker nicht gewürdigt, mag er als Präsident Geschenke angenommen haben, mag die Idee, A. T. Stewart zum Finanzminister zu machen, eine thörichte gewesen sein, wie die Reformer jetzt sagen, mag kein Gesetz bestehen, welches zwei jungen militärischen Freunden erlaubt, in seiner Office zu schreiben und seine Botschaften zu besorgen was bedeuten sie alle zusammen?

Wenn ein Mann ein Schiff steuern, eine Armee führen oder ein Haus bauen soll, wird man, so lange er seinen Posten gut versieht, sich darum kümmern, ob er seine Verwandten gern hat, ob er eine Abneigung gegen gewisse Politiker hegt, oder ob er Geschenke angenommen hat? Alle diese Dinge sind unwesentlich. War er ein guter Präsident? Das ist die Frage.

San Domingo.

Der San Domingo Vertrag war, ungleich des Aufenthalts zu Long Branch oder des Cigarrenrauchens oder des Fahrens in einem Palaiswagen, ein Gegenstand des öffentlichen

Geschäfts, und ist daher nicht gering zu schätzen. Seine Schuld und Unschuld in dieser Angelegenheit kann kurz festgestellt werden.

Die Monroe-Doktrin ist eine Tradition des Landes und beider Parteien. Unter ihr versteht man die Bekämpfung der Ländererwerbung auf diesem Continent von Seiten europäischer Mächte. Als Grant sein Amt antrat, war keine solche Frage vorhanden. Bald nachher aber kam ein Vertreter der Dominicanischen Republik zum Präsidenten und theilte ihm mit, daß das Volk von Domingo, obwohl gering an Zahl, so doch im Besitz einer der fruchtbarsten Inseln irgend einer nahe an unseren Küsten liegenden See, sich unter den Schutz der amerikanischen Flagge stellen, und, wenn ihm dies nicht gelänge, ein europäisches Bündniß abschließen wollte. Der Präsident gab keine Versprechungen, und später erschien ein zweiter Abgesandter, welcher die gemachten Eröffnungen wiederholte und zugleich eine glänzende Schilderung von der Fruchtbarkeit und den Hilfsquellen der Insel San Domingo entwarf.

General McClellan, Admiral Porter, Commissioner Hogan und Andere hatten die Insel untersucht und sie als eine Kohlen- und Flottenstation, als einen militärischen Schlüssel zum Golf von Mexico und als ein Land mit herrlichen Produkten empfohlen.

Gegen diese Mittheilungen konnte der Präsident nicht taub sein. Er veranlaßte zwei oder drei zuverlässige Personen, unbeobachtet nach San Domingo zu gehen. Dies geschah und hatte den dem Senat vorgelegten Vertrag zur Folge.

Der Präsident spricht bei Herrn Sumner vor.

Anstatt nach Herrn Sumner zu schicken, ging der Präsident in dessen Haus, um seine Ansicht über den Vertrag zu hören. Die Unterredung fand in Gegenwart des General Babcock und des Colonel John W. Forney statt. Nach der schriftlichen Aussage dieser beiden Zeugen erklärte sich Herr Sumner zu Gunsten des Vertrags.

Unterdessen aber war Herr Sumner mit dem Präsidenten und Herrn Fish wegen anderer Dinge in Widerstreit gerathen, glaubte beleidigt worden zu sein und leugnete darauf, daß er jemals den Vertrag begünstigt habe. Er stellte jedoch nicht in Abrede, daß der Präsident in dem Glauben handelte, er billige den Vertrag, und daß er dem Präsidenten nicht von seiner Sinnesänderung Kenntniß gegeben habe. Und doch griff Herr Sumner den Präsidenten bitter und persönlich an und in einer gedruckten Unterredung mit Major Chamberlain beschuldigte er ihn sogar des Schachers.

In Folge dieser und ähnlicher Vorkommnisse schlug man vor, eine Untersuchungs-Commission nach San Domingo zu senden. Sumner kämpfte mit allen Mitteln gegen die Ernennung dieser Commission, welche nur ihre Auslagen vergütet erhalten sollte; doch der Congreß nahm trotzdem den gemachten Vorschlag an. Die Herren Wade, Dr. Howe von Boston und Präsident Andrew D. White wurden als Commissäre ernannt, welche nach ihrer Rückkehr einen höchst günstigen Bericht erstatteten und darin die Grundlosigkeit aller gegen den Präsidenten geschleuderten Verleumdungen bewiesen.

Wie der Präsident seine Ankläger beschämte.

Die Ueberweisung des Berichtes an den Congreß begleitete der Präsident mit einer Botschaft, in welcher er seine Aufgabe in der Angelegenheit für beendigt erklärt und letztere der Beurtheilung des Congresses und des Volkes anheimgibt.

Unter die in der San Domingo Frage zu Tage geförderten Albernheiten gehört die Behauptung, es sei gegen die Republik Hayti Krieg geführt worden. Als Beweis dafür wird angeführt, daß zwei Kriegsschiffe während der Unterhandlungen in jenem Theile des Oceans gekreuzt haben. Aber nicht ein einziger Schuß, nicht einmal der eines Taschenpistols wurde abgefeuert.

Dies ist in Kurzem die Geschichte der San Domingo Angelegenheit, und es wird Jedem klar werden, daß der Präsident in derselben als ehrlicher und bescheidener Mann gehandelt hat.

Frühere Administrationen hielten eine Flottenstation in Westindien für eine dringende Nothwendigkeit. Andrew Johnson und Gov. Seward wollten für St. Thomas sieben und eine halbe Million Dollars Gold zahlen. Herr Sumner hat ihn deshalb nicht verdächtigt. Andrew Johnson und Gov. Seward haben auch einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen, nach welchem für Alaska sieben und eine Viertel Million Dollars Gold gezahlt wurde. Der Senat stimmte dem Vertrag zu und Herr Sumner hielt eine glänzende Rede zu seinen Gunsten.

Franklin Pierce, und die ganze Demokratie mit ihm, arbeiteten auf die Annexion Cuba's hin. Soule, sein spanischer Gesandter, erklärte in New-York, daß Cuba dem „alten spanischen Volk entrissen werden müsse," und wurde dafür mit Serenaden ꝛc. gefeiert. Das Ostend-Manifesto, welches Soule, James Buchanan, John Y. Mason, August Belmont und alle auswärtigen Minister Amerika's unterzeichneten, forderte die gewaltsame Wegnahme Cuba's, wenn es Spanien nicht verkaufen wollte. Und jetzt wird die Idee geschmäht, eine

halbe Million Dollars zu zahlen für ein Territorium, welches ganz nahe an unserer Küste liegt, einen der schönsten Häfen in der Welt besitzt und uns alle Produkte Cuba's und Brasiliens liefern würde, für welche wir jetzt $58,009,000 zahlen.

„Beseitigung" des Herrn Sumner.

Alle Senats-Committees werden beim Beginn einer Session ernannt und lösen sich am Ende derselben auf. Herr Sumner wurde wiederholt zum Vorsitzer des auswärtigen Committees gewählt, aus dem Grunde, weil man ihn als den besten Mann für diesen Posten ansah. Zu der in Rede stehenden Zeit nun hielt es der Senat für unweise, Herrn Sumner abermals in dieses Committee zu wählen und zwar aus Gründen, welche sich nicht auf seine Opposition in der San Domingo-Frage, sondern auf parlamentarische Regeln bezogen. Es ist unbedingt nöthig, daß der Vorsitzende jenes Committees in freundschaftlichem Verkehr zu dem Präsidenten und dem Staats-Sekretär steht. Mit Herrn Sumner war dies jedoch nicht der Fall. Es kann ein Mann mit einer anderen Person keine Geschäfte abwickeln, wenn diese ihn fortwährend beschimpft. Herr Sumner ging so weit, alle Verbindung mit dem Staats-Departement abzubrechen, wodurch der Senat in wichtigen Angelegenheiten ohne Aufklärung blieb. Das einfachste Mittel hiergegen war, einen andern Vorsitzenden zu wählen. Dies wurde gethan und nichts weiter. Und dafür, daß der Senat seine eigenen Angelegenheiten besorgte, wurde der Präsident bitter angegriffen, während er doch gar nichts mit der Sache zu thun hatte.

Nepotismus.

Wenn ein tüchtiger Mann eine Anstellung erhält und in ihr dasselbe Gehalt bezieht, wie irgend ein Anderer, aber mit dem, welcher ihn anstellt, verwandt ist, so nennt das Herr Sumner Nepotismus. Der gesunde Menschenverstand aber hat stets einen Unterschied gemacht zwischen der Verleihung einer nutzlosen und einträglichen Sinecure an einen Verwandten und der Verwendung des Letzteren zur Erfüllung eines nothwendigen Dienstes. Man hat es stets als natürlich angesehen, daß der mit einem Geschäft Betraute sich mit solchen Personen umgiebt, zu welchen er das meiste Vertrauen hegt, seien es Verwandte oder nicht. Es kommt nur auf den Nutzen an. Wenn die Anstellung von Verwandten ein Verbrechen sein soll, so müßte eine große Anzahl der geschäftigsten „Liberalen" als Verbrecher angesehen werden.

Präsident Johnson's Sohn war sein erster Privatsekretär, George Seward's Sohn Hülfs-Staatssekretär, Edwin M. Stanton's Sohn ein Clerk im Kriegs-Departement, Gideon Wells' Sohn erster Clerk im Flotten-Departement, und als Gideon Wells einen Verwandten gegen hohe Vergütung mit dem Ankaufe von Schiffen beauftragte, erhob sich ein Scandal, nicht deßwegen, weil er einem Verwandten das Geld zukommen ließ, sondern weil er es überhaupt ausgab. Reverdy Johnson machte seinen Sohn zum Hülfs-Legationssekretär und John A. Dix, der französische Gesandte, that dasselbe mit seinem Sohne. In Johnson's Impeachment wurden alle diese Dinge nicht erwähnt.

„Liberale Verwandte."

Herr Schurz verlangte für seinen Schwager einen einträglichen Posten und erhielt ihn, und als Senator Trumbull wegen Untauglichkeit seine Entfernung veranlaßte, wüthete Herr Schurz gegen den Präsidenten. Auch Herr Trumbull hat seinen Söhnen, Neffen und seinem Schwager Anstellungen verschafft. Dem lauten „Reformschreier" Tipton genügte es nicht, daß er seine drei Schwäger, einen Neffen, einen Sohn und noch andere Verwandte in's Amt gebracht, er wollte für einen anderen Sohn einen einträglichen Consulatsposten haben, und als ihm dies verweigert wurde, kämpfte er gegen den Präsidenten. Das Gleiche fand statt mit den Herren Fenton, Sumner und Greeley — auch sie haben ihre Verwandten mit Stellen zu versorgen gewußt. (Redner setzte dies ausführlich auseinander.)

Demokratische Verwandte. Gouverneur Hoffman.

Kentucky hat eine rein demokratische Regierung; aber von seinen sämmtlichen oberen Beamten hat nicht einer verfehlt, seine Verwandten mit Stellen zu versehen.

Als Gouverneur Hoffman noch Mayor von New-York war, wurde sein Schwiegervater als Umlagen-Collektor angestellt und steckte als solcher in vier Jahren und zwei Monaten $560,824.59 in seine Tasche. Hoffman's Frau ist die einzige Tochter seines Schwiegervaters. Wm. M. Tweed erhielt von Startweather aus der Kasse seiner Office $101,978.17 für Nichts. Hoffman's erster Clerk war sein Schwager, welcher zu gleicher Zeit auch als Clerk der Straßenreinigungs-Commission fungirte.

Verwandte des Präsidenten.

Die Verbrechen Anderer können General Grant nicht entschuldigen. Man sagt, er habe 50, 40, 30, und, nach Herrn Sumner's Abschätzung, 13 Verwandte als Beamte angestellt. Dies ist nicht wahr. Seit Grant Präsident wurde, haben nur 9 mit ihm sehr entfernt verwandte Personen politische Aemter in den Ver. Staaten innegehabt. Ich habe eine Liste derselben. Darin ist weder sein Sohn in West Point, noch sein Schwager Dent eingeschlossen, welche ihre Stellen erhielten, ehe Grant Präsident wurde. Zwei der neun Verwandten, sein Schwiegervater und sein Schwager Cramer, sind von Andrew Johnson zum Postmeister und Consul ernannt worden. Es bleiben also nur noch sieben von den Verwandten übrig, welche der Präsident angestellt hat, nämlich Orlando Roß, Clerk im Schatzamt, dessen Verwandtschaft dem Präsidenten indeß, wie Gen. Logan im Senat erklärt hat, erst nach der Anstellung bekannt wurde. Von den übrigen sechs haben vier Lokalämter inne: George W. Dent, Abschätzer in San Francisco; James F. Casey, Collektor in New Orleans; Peter Casey, Postmeister in Vicksburgh, und George B. Johnson, Assessor des dritten Distrikts in Ohio. — Diese Männer sind nach altem politischem Brauch durch die Lokal-Repräsentanten befördert worden. Die Praxis der Regierung ist stets gewesen, sich auf die Empfehlungen der Congreßmitglieder zu verlassen und sie für die Tüchtigkeit der Anzustellenden verantwortlich zu machen. So hat es sich auch mit den vier Verwandten verhalten. Nun bleiben noch zwei Ernennungen übrig, und diese haben nach des Präsidenten eigener Wahl stattgefunden. Es sind dies Alexander Sharp, Marschall des Districts Columbia, und Silas Hudson, Gesandter in Guatemala.

New-Yorker Anstellungen.

Man hat des Präsidenten Auswahl der Beamten als parteiisch, persönlich und unvernünftig bezeichnet. Ich glaube, das Gegentheil davon ist wahr. Als Mitglieder des Genfer Schiedsgerichtes ernannte er Herrn Adams, welcher weder sein Freund noch Parteigenosse ist, ferner die Herren Evarts, Cushing und Curtis — politische Gegner von ihm. Welcher demokratische Präsident that etwas Aehnliches?

So lange gewisse Personen die Anstellungen in New-York diktirten, beklagte man sich nicht über sie. Bald aber gab die „Patronage" in New-York zu fortwährendem Scandal Veranlassung. Man behauptete, es sei ein Kampf zwischen den Senatoren. Dies war jedoch nicht der Fall. Zwischen mir und Gouverneur Morgan, sowie unseren Collegen im Hause herrschte immer das beste Einvernehmen. Gouverneur Morgan's Nachfolger aber gab zu Mißhelligkeiten Veranlassung. Einige Zeit vor der Amtseinführung des Präsidenten Grant kam ein New-Yorker Senator zu ihm und gab sich als sein spezieller Vorkämpfer aus. Er zeigte sich besonders eifrig für die Widerrufung des „Amtsdauergesetzes," während der andere New-Yorker Senator Gegner dieser Maßregel war. Der eine Senator begünstigte die Ernennung A. T. Stewart's zum Schatzmeister, der andere bekämpfte sie. Dies hatte die Anstellung vieler Leute zur Folge, die in Albany besser als in Washington bekannt sind. Dagegen wurden die Freunde Morgan's und des anderen Senators aus ihren Stellen gejagt. Durch die schlechte Aufführung mehrerer der zu Aemtern Ernannten wurde es dem Präsidenten indeß klar, daß er getäuscht war, und er begann, weniger gefällig zu werden. Dies rief sofort des Senators Feindschaft wach, welche so weit ging, daß dem Präsidenten in einem Briefe der Verlust des Staates New-York im Jahre 1872 angedroht wurde.

Versuche zur Controllirung der Staats-Conventionen.

Um die Staats-Convention des Jahres 1870 zu controlliren, wurden die gewaltigsten Anstrengungen gemacht. Die ganze Maschinerie Tammany's wurde in Bewegung gesetzt, um Delegationen zu erlangen, welche bereit wären, „Grant zu zeigen, wer Macht habe." Die Convention wurde zu Saratoga gehalten, und sofort zeigte es sich, daß alle Anstrengungen vergeblich waren und an dem gesunden Sinne der Convents-Mitglieder scheiterten. George W. Curtis, ein Freund der Administration, wurde zum temporären Vorsitzer gewählt, und, um die erregten Gemüther zu besänftigen, machte man den von den Anti-Administrations-Männern vorgeschlagenen Herrn Van Wyck per Acclamation zum Präsidenten der Convention. Trotz der größten Anstrengungen seitens der Freunde Fentons und aller Gegner der National-Regierung, gelang es nicht, das Projekt, Horace Greeley die Gouverneurs-Nomination zu verschaffen, durchzusetzen. Selbst Diejenigen, welche ihm ihre Stimme gaben, erklärten größtentheils, daß sie dies nur als ein Compliment betrachteten, da sie wohl wüßten, daß Greeley niemals die Nomination erlangen könnte.

Die letzte Pflicht der Convention war die Erwählung des Staats-Central-Committees; dies geschah, indem jede Delegation der Congreß-Distrikte sich auf eines ihrer Mitglieder vereinigte und der Convention dessen Name bekannt machte. Nur der Distrikt Fenton's machte hiervon eine Ausnahme und gab die Erklärung ab, sich nicht einigen zu können. Dies war die Ursache, daß dieser Distrikt für die Dauer der Campagne im Staats-Committee nicht

vertreten war. Die Republikaner entwickelten in dem darauffolgenden Wahlkampfe eine außerordentlich rege Thätigkeit: Alles hing von der Stadt New-York ab. Der Congreß hatte ein Wahlgesetz erlassen, von dessen Durchführung man erwarten konnte, daß es den betrügerischen Stimmen Tammany's ein Ende machen würde. Unsere Freunde in der Stadt New-York versprachen uns im Lande, daß das Gesetz das New-Yorker Votum um mindestens 20,000 Stimmen verringern würde. Es war sonach ganz selbstverständlich, daß der Staat für die republikanische Partei gewonnen werden konnte. Fenton und seine Freunde verhielten sich nahezu theilnahmlos. Fenton kehrte erst Ende Oktober aus den westlichen Staaten zurück und bewahrte ein tiefes Stillschweigen bis fünf Tage vor der Wahl. Am 31. Oktober hielt er eine Rede, in welcher er, statt die Republikaner im Staate zu ermuntern, erzählte, daß in der Stadt New-York, in den Reihen der Republikaner, große Mißstimmung herrsche und sich eine große Apathie kund gebe, hervorgerufen durch mehrere unliebsame Anstellungen der Administration.

Diese Unwahrheit, und daß es eine solche war, bewies der Umstand, daß die demokratische Majorität in der Stadt New-York 26,000 Stimmen weniger betrug, als vorher, hatte den beabsichtigten Erfolg. Der Staat wurde verloren, weil 45,000 republikanische Stimmen weniger abgegeben wurden, als bei der vorhergehenden Wahl. Hoffman's Majorität war auf 33,096 reduzirt und mit den 45,000 republikanischen Stimmen würde Woodford mit einer Mehrheit von 12,000 gewählt worden sein.

Im darauffolgenden Jahre, 1871, begegnen wir demselben Versuch, die Staatsconvention gegen die Administration auszubeuten. Wiederum waren es Tammany-Leute und Tammany-Geld, welche in Verbindung mit der „Tribune" die Wahlen gegen die Administration zu beeinflussen suchten. Die Convention machte abermals die Anstrengungen Greeley's und seiner Verbündeten zu Schanden und zerstörte somit im Keim deren Vorhaben, eine kontestirende oder gar die einzige Delegation zu schicken.

Patronage und Entfernungen aus dem Amte.

Greeley und dessen Freunde haben zu wiederholten Malen die Behauptung aufgestellt, daß der Präsident, ohne jede Veranlassung, Freunde Fenton's aus deren resp. Stellungen entfernt habe. Das ist nicht wahr. Von Fenton's Freunden wurde einer aus dem Amte entfernt, und dies geschah auf speziellen Wunsch des Herrn Moses Grinnell. Kein anderer Fall ist mir bekannt, und wenn weitere Anhänger Fenton's entlassen wurden, geschah es nie ohne genügende Ursache. Beweis dafür ist die Thatsache, daß seit dem Amtsantritt des Präsidenten Grant keine sechs Postmeister im ganzen Staate auf meine Veranlassung angestellt wurden, mehr als zweihundert wurden auf Gouverneur Fentons Empfehlungen ernannt, und keiner wurde entlassen, ohne des Amtsmißbrauchs überführt zu sein.

Collector Murphy.

Murphy wurde zum Collector von New York ernannt, ohne mein Begehren. Die schwersten Anschuldigungen wurden gegen ihn erhoben und doch zeigen die Fakta, daß unter seiner Verwaltung die Eingangszölle mehr betrugen, als vorher und der Prozentsatz ihrer Collectirung sich bedeutend verminderte. Keine unehrliche Handlung kann ihm bewiesen werden. Ich komme jedoch nicht auf diese Angelegenheit, um Murphy's Verdienste zu preisen. Ich schlug seine Ernennung nicht vor und während dessen ganzer Dienstzeit habe ich ihm nicht eine einzige Anstellung empfohlen. Mein Zweck ist, die Erbärmlichkeit der Anklagen zu veranschaulichen, welche wegen Murphy's Ernennung gegen den Präsidenten gemacht wurden und zu zeigen, wie dem Präsidenten Murphy's Ernennung von den hervorragendsten Männern unserer Partei empfohlen wurde. Darunter befanden sich:

Edwin D. Morgan,	George Opdyke,	Henry Clews,	John A. Griswold,
Chas. J. Folger,	Isaac H. Bailey,	Thos. C. Acton,	Edwards Pierrepont,
Chas. W. Griswold,	Thos. Hillhouse,	S. H. Wales,	Wm. A. Darling,
D. D. T. Marshall,	Wm. Laimbeer,	Brooks Bros.,	A. S. Dodd.
B. S. Luddington,	Jno. C. Churchill,	Orange Ferriß,	Hamilton Ward,
	Giles W. Hotchkiß,	David S. Bennet	

und zahllose Andere.

Sumner und Greeley's Prätensionen.

Es ist unwahr, als Behauptung, daß der Präsident ein Zänker ist, daß er auf einer Nomination beharrte, oder daß er ein anspruchsvoller Mann sei. Sumner behauptet dies in einer gedruckten Rede, die ich vor mir habe, und worin er an 156 Stellen nur von sich selbst spricht und sich selbst lobt. Doch Sumner ist nichts gegen Greeley. Auch dieser hält Grant für einen prätensiösen Mann, trotzdem er auf dem Bostoner Jubiläum, bei einer Gelegenheit, in welcher Greeley über seine Befähigung zu dem Präsidentenamte sprach, innerhalb zehn Minuten sich zwanzig Mal selber lobte.

Der Militär-Ring.

Man hört so häufig von einem Militärring im „Weißen Hause", und daß dasselbe in eine Kaserne umgewandelt worden sei. Als Grant das „Weiße Haus" bezog, hörte er Soldaten in der Halle auf- und abpatrouilliren und als er sich erkundigte, was dies zu bedeuten habe, wurde ihm mitgetheilt, die Soldaten gehörten zu Johnson's Leibgarde. Grant erklärte, daß er keiner Wache bedürfe und sandte die Soldaten zu ihren betreffenden Abtheilungen. Am andern Tage gab er Befehl, alle Truppen aus Washington zu entfernen und nicht eine einzige Compagnie ist seit jener Zeit dort gewesen.

Der Militärring besteht aus drei jungen Männern, welche bei dem Präsidenten Sekretärsdienste verrichten, ohne dafür einen Cent Bezahlung zu erhalten. Der Präsident ist durch das Gesetz berechtigt, sich Sekretäre zu halten und denselben Salaire auszahlen zu lassen.

Die Herren, welche gegenwärtig diesen Dienst versehen, gehörten zu Grant's Stab im Kriege und sind nun dem Stabe des General Sherman zugetheilt; der Präsident hat nicht das Recht, deren Patente zu widerrufen und bei dem gegenwärtigen Friedenszustande sind dieselben bei Sherman überflüssig. Einer von ihnen hat die Parks unter seiner Aufsicht, die beiden anderen unterstützen den Präsidenten als Sekretäre; sie thun dies aus Liebe zu dem Manne und ohne jede andere Bezahlung als jener, welche sie erhalten würden, wenn sie in Sherman's Hauptquartier auf der faulen Haut lägen. Dies ist der Militärring.

Des Präsidenten Sommer-Aufenthalt.

Der Katalog von des Präsidenten Verbrechen würde unvollständig sein, ohne dieser Sache Erwähnung zu thun. Während zehn oder zwölf Wochen der heißen Jahreszeit bezieht Grant's Familie eine Cottage am Meeresufer. Die Entfernung beträgt vom „Weißen Hause" acht Stunden und nichts kann vorfallen, ohne daß der Präsident, wenn nöthig, immer zeitig genug in Washington sein kann, und doch bildet dieser Sommeraufenthalt die Ursache zu fortwährenden Angriffen. Gouverneur Hoffman verbringt den Sommer außerhalb seines Staates und zwar in Newport, N. J. James Brooks, obgleich Congreßmitglied, geht nach China und Japan und versäumt eine ganze Congreßsession. General Jackson hatte die Gewohnheit, Wochen an den Rips Raps in Hampton Roads zu verbringen, einem Orte, der mit Washington in keiner Verbindung stand und woher Nachrichten dem Präsidenten nur durch Spezialboten übermittelt werden konnten und die Rückreise Tage erforderte. Adams hielt sich Wochen lang in seiner Heimath auf. Washington unzählige Male in Mount Vernon und sogar dies war, in Anbetracht der damaligen Communikationsmittel, weiter von Washington entfernt, als Long Branch.

Alle diese Vorwürfe zerfallen in Nichts, wenn man den Verläumdern des Präsidenten die eine Thatsache vorhält, daß durch dessen Abwesenheit noch nie das Geringste in den Regierungsgeschäften vernachlässigt wurde.

Was die Administration gethan hat. Unsere Angelegenheiten.

Die Regierung hat in drei Jahren ihres Bestehens unsere Rechte gewahrt, jeder fremden Macht gegenüber, und Frieden gehalten mit der ganzen Welt: Gov. Seward sagte zu mir nach seiner Rückkehr von der Reise um die Welt; „Wie gewaltig sind doch unsere Erfolge in auswärtigen Angelegenheiten; vor zwei Jahren zurück war Rußland die einzige befreundete Macht und nun hat Amerika keinen einzigen Feind mehr in der ganzen Welt. Sumner hat kürzlich ausgesprochen, daß wir uns im Streite mit Jedermann befänden. Und doch kann Niemand sagen, mit wem? Niemand kann einen Ort nennen, in welchem unsere Flagge nicht respektirt ist, Niemand eine Hauptstadt, in welcher unsere Papiere nicht gesucht sind."

Mit England haben frühere Administrationen vergeblich versucht, alle Streitfragen zu schlichten. Diese Administration hat alle Streitfragen mit England in einen einzigen Vertrag zusammengefaßt, und dieser Vertrag wurde von der ganzen civilisirten Welt als ein Produkt höchster Staatsmannschaft gepriesen. Die Zwistigkeiten, welche über die Auslegung des Wortlautes dieses Vertrages auszubrechen drohten, sind durch beiderseitiges Entgegenkommen zur Zufriedenheit erledigt und die dem Genfer Schiedsgericht zur Begutachtung unterbreitete Arbeit nimmt den gewünschten Erfolg.

Die Finanzen. National-Schuld und Steuern. Ersparungen.

Die National-Schuld ist mit einer Schnelligkeit abgezahlt worden, wie es vor wenigen Jahren wohl Niemand zu hoffen wagte.

Die gegenwärtige Administration fand die National-Schuld zu $2,700,000,000.00

Während Andrew Johnson's Administration wurde die Schuld vermindert um 13,655,668.00

Das Zins-Conto betrug	128,502,102.24
Das Ausgaben-Conto betrug durchschnittlich	179,271,680.00
Das Schatzamt mußte demgemäß erheben	307,773,782.24

Unter Andrew Johnson betrugen die jährlichen Steuern:

Inland-Steuern	$162,194,491.29
Zölle	193,691,069.70

Das Land war mit entwerthetem Papiergeld überschwemmt. Das Gold-Agio schwankte zwischen 35 und 71 Cents. Unsere Feinde machten die Idee der Abtragung unserer Schuld lächerlich und die demokratische National-Convention von '63 erklärte sich geradezu gegen Bezahlung derselben.

Das war die Finanzlage, welche die gegenwärtige Administration vorfand.

Bis zum 1. Juli '72 sind an der Schuld abgetragen worden	$333,976,916.39
Also monatlich	8,349,422.00

Dies ist eine Abtragungsrate von 13,21–100 Prozent der Totalschuld, und nach dieser Rate würde dieselbe in 21 Jahren getilgt sein.

Es wurden jährlich an Zinsen gespart $20,000,000 Gold. Etwa $30,000,000 sind zu 4½ @ 5 Prozent fundirt worden, wodurch an Zins $3,000,000 und später sogar $20,000,000 gespart werden.

Das Gold-Agio ist von 40 Prozent auf 12 Prozent reduzirt worden.

Unter Grant's Administration wurden die Inland-Steuern reduzirt um	$55,212,000.00
Die Zölle um	29,526,409.09
Total	$84,738,409.09
Trotz dieser Herabsetzung der Steuern wurde doch unter Grant's Administration in Vergleich zu der von Andrew Johnson folgender Betrag mehr erhoben	$84,994,049.74
Während der letzten Congreßsitzung wurden die Steuern abermals herabgesetzt um	62,000,000.00

Es sind jetzt, ausschließlich der Steuern auf Schnaps, Bier, Tabak und Banken, fast alle Inland-Steuern aufgehoben worden. Kaffee und Thee sind seit dem Bestehen unserer Regierung ganz steuer- und zollfrei.

Trotz dieser Reduktion der Steuern sind die Soldatenpensionen bedeutend erhöht und ungeheure Summen zur Verbesserung der Schifffahrt auf unseren Flüssen und See'n und zur Errichtung öffentlicher Gebäude verausgabt worden.

Unsere Feinde sagen, was hat die Administration mit der Abtragung der Schuld zu thun. Das Volk zahlt die Steuern! Gut, doch wer collectirt die Steuern ehrlich und hält guten Haushalt? Wer hat die Ausgaben reduzirt? Wer hat den „Greenback" fast im Werth dem Golde gleichgestellt? Doch gewiß die Administration. Warum wurden, bei höherer Besteuerung, unter Johnson nur $13 Millionen an der Schuld abgetragen? Weil über ein Viertel der erhobenen Steuern gestohlen wurden.

Unter Grant wurden die Steuern um $84,000,000 reduzirt und doch $84,000,000 mehr collectirt. Wenn Einer von uns einen Agenten hat, der mit dem ihm anvertrauten Gelde zweimal so weit reicht, als sein Vorgänger, wem gehört dann das Verdienst, uns oder dem Agenten?

Die Ausgaben unter Grant sind per Kopf geringer als unter Washington oder irgend einer anderen Administration.

In 1858 verausgabte das Kriegs-Departement	$25,579,121.63
In 1859 " " " " "	$23,154,720.53
In 1871 " " " " "	$22,376,981.28

Alle Regierungs-Ausgaben betrugen:

In 1860	$61,402,408.64
In 1871	$68,675,613.92

Also trotz vermehrter Ausgaben in Folge des Krieges, trotz neuer Staaten und Territorien, und der um fast 10 Millionen gestiegenen Bevölkerungszahl betragen die Mehrausgaben in 1871 gegen 1860 nur $7,282,205.28.

Civildienst-Reform.

Im Verlaufe dieses Jahres werden große Reduktionen in der Anzahl unserer Beamten vorgenommen. Die „Internalrevenuedistrikte" werden auf 8 zusammengezogen werden und durch die neue Eintheilung dem Lande eine jährliche Ausgabe von 4 und eine halbe Million erspart.

Das Freedmannsbureau sieht seinem Ende entgegen, wodurch gleichfalls eine bedeutende Ausgabe wegfällt. Mit Stolz darf die Administration auf die Leistungen blicken,

welche in Verminderung der Armee und Flotte bestehen und auf die Art und Weise, wie unsere Indianerangelegenheiten geführt wurden, aufmerksam machen.

In der Civildienstreform ist Präsident Grant thatsächlich der Pionierpräsident. In drei Botschaften hat er derselben das Wort geredet und seinen ganzen Einfluß auf praktische Durchführung von Maßregeln in diesem Sinn verwandt.

Unehrliche Beamte zur Rechenschaft gezogen.

Hodge, ein Postmeister und Demokrat, ließ sich schon unter Johnson Veruntreuungen zu Schulden kommen und erst nach dem Amtsantritte Grant's wurden Hodge's Unterschleife entdeckt und derselbe dem Gefängnisse überwiesen. Mit Norton, dem Geldordre-Superintendenten der New Yorker Postoffice, verhielt es sich ganz ähnlich. Dessen Bürge ist Horace Greeley, und wenn Greeley nicht als Präsident erwählt wird, wird er gezwungen sein, dem Lande die von seinem Freunde Hodge gestohlenen Gelder im Betrage von $11,542,871 zu ersetzen.

Ist es nicht lächerlich, wenn Demokraten über Unterschleife unter Grant's Administration schimpfen. Die Stadt New York wimmelt von Dieben, der Gouverneur, Richter, Distrikts-Anwalt, Sheriff, Polizei, alle Kehlen, alle sind Demokraten und noch nie hat man gehört, daß einer dieser demokratischen Diebe von seinen demokratischen Freunden zur Rechenschaft gezogen worden sei. Alle diese Diebe sind für Greeley, alle schreien „Reform!“

Wenn Jemand mir auch nur einen Fall angeben kann, daß ein Beamter, der auch nur eines Cents Werth gestohlen hat, im Amte behalten oder von Grant protegirt wurde, versprechе ich, nie mehr für Grant zu stimmen, obgleich ich nicht für Greeley stimmen würde, da ich keine Lust hätte, aus der Bratpfanne ins Feuer zu springen.

Das Heimstättegesetz wurde dahin erweitert, daß jeder Soldat oder Matrose, der 90 Tage diente und einen ehrenvollen Abschied erhielt, 60 Acker Land beanspruchen kann.

Centralisation.

Amerikanische Bürger, hoch oder niedrig, arm oder reich, schwarz oder weiß, ob in Spanien oder auf hoher See oder im Süden, sind jederzeit beschützt worden. Das wird Centralisation genannt. Jede civilisirte Regierung wird ihre höchste Ehre darin setzen, ihre Angehörigen in den entferntesten Theilen der Welt zu schützen. Wenn die Ver. Staaten Aehnliches thun, wird das Geschrei erhoben, daß uns von der „Centralisation“ Gefahr drohe. Auch wegen des neuen Wahlgesetzes wird ein ähnliches Geschrei erhoben und doch hat dasselbe mit Centralisation nichts zu schaffen. Alle Bestimmungen des Gesetzes bestehen darin, daß die Gerichtshöfe die Pflicht haben, auf das Verlangen von zehn Bürgern, zwei Personen von jeder politischen Partei zu ernennen, welche das Recht haben, bei Wahlen von Congreßmitgliedern oder Präsidentschaftselectoren an den Stimmkästen aufzupassen, ob keine Betrügereien vorkommen. Diese Aufpasser haben keine Gewalt, Verhaftungen vorzunehmen und erhalten für ihre Dienste keine Bezahlung. Es ist nicht gut erklärlich, welche begründete Einwände ein ehrlicher Mann gegen dieses harmlose Gesetz erheben könnte, das keinen andern Zweck hat, als betrügerische Stimmabgabe und falsches Zählen zu verhüten und dessen gute Dienste selbst ehrliche Demokraten, anläßlich unserer letztjährigen Wahlen, zugestehen würden.

Die Gefahren der Staatenrechte und Rebellen-Ansprüche.

Das Geschrei über Centralisation ist nichts als eine Finte. Die wirkliche Gefahr kommt von der entgegengesetzten Seite, der Decentralisation, worunter Staatenrechte in jenem Sinne verstanden werden, der schon einmal zur Rebellion führte, und, wenn auf's Neue erfolgreich, keinen Moment anstehen wird, Bezahlung der Rebellenschuld, Ersetzung der durch den Krieg entstandenen Verluste und Pensionirung der durch den Krieg untüchtig gewordenen Rebellen-Soldaten zu verlangen. Dies sind Phantasiegebilde. Haben doch bereits Demokraten und Reformer in der letzten Congreßsession Versuche gemacht, Rebellen zu erlauben, bei der Court of Claims Schadenersatz-Ansprüche zu machen für im Kriege confiscirte Baumwolle. Die Staaten-Souveränität hat das Land in einen blutigen Bürgerkrieg gestürzt und die Steuerlast bedeutend vermehrt. Die ganze Centralisation, welche wir gegenwärtig haben, besteht darin, daß die Nation unter einer starken und fähigen Regierung prosperirt und Eigenthum, Arbeit, Leben und Freiheit sich des trefflichsten Schutzes erfreuen.

Das Geschrei über Untersuchungen.

Unser ganzes Land hallt wieder von faktiösem Geschrei: die Rufe nach „Untersuchungen“ waren dabei am „lautesten.“ Unsere Reformer im Senate brachten Wochen und Monate darüber zu, das Publikum in dieser Weise irre zu leiten. Die „Tribune“ und ähnliche Zeitungen veröffentlichten täglich Berichte über Reden der Administrations-Senatoren, welche

nie gehalten wurden und worin der Creirung von Untersuchungs-Committees opponirt ward. Nichts war falscher, als das. Kein Freund der Administration ließ jemals in diesem Sinne ein Wort verlauten. Alle waren zu Gunsten der eingehendsten Untersuchungen. Diejenigen, welche einem offenen und ehrlichen Vorgehen in dieser Richtung opponirten, waren unsere Gegner. Dies war bei Errichtung des Untersuchungs-Committees für das New-Yorker Zollhaus, für den Hodge-Fall und auch bei Gelegenheit der Schaffung des Committees für Untersuchung der Waffenverkäufe, der Fall. Bei letztgenannter Gelegenheit war es Sumner selber, der, als der Antrag gestellt wurde, das Committee sofort zu ernennen, um Hinausschiebung der Sache bat. Daß es den Reformatoren im Congreß um ganz Anderes zu thun war, als Untersuchung über all die verschiedenen Sachen anzustellen, für welche Committees errichtet wurden, ist bekannt.

Die Kuklux-Gräuelthat.

Die einzige Orientirung von Werth in Bezug auf den Süden liefert der Rapport des Untersuchungs-Committees über südliche Gewaltthaten und Gesetzwidrigkeiten, welcher haarsträubende Dinge aufdeckt. In zehn Staaten besteht der fürchterliche Kuklux-Bund oder das „unsichtbare Reich des Südens." Der Rebellengeneral Forrest war ihr Chef oder „großer Cyclop." Zweck des Bundes ist die Austreibung der Radikalen oder der „Carpetbaggers," wie sie dieselben nennen, und die Schwarzen abzuschrecken, gegen die Demokraten zu stimmen.

General Forrest giebt selbst zu, daß der Bund an 500,000 Mann stark ist und hundert Counties von Nord-Carolina bis Florida unter einem Schreckensregiment halte. Eine der Verpflichtungen des Bundes ist, Meineid als Zeuge oder Geschworener zu begehen. So lange nicht der Congreß einschritt, waren die Staatsregierungen ohnmächtig gegen den Bund. Barbarische Grausamkeiten und Mordthaten an Weißen und Schwarzen fanden Tag und Nacht straflos statt, und die Häuser wurden ihnen über dem Kopf angezündet.

In vierzehn Counties von Nord-Carolina fanden 18 Mordthaten und 315 Peitschungen statt. In neun Counties von Süd-Carolina 40 Mordthaten und über zweitausend andere Gewaltthaten. In einem einzigen County von Florida kamen 153 Mordthaten vor. In 99 Counties einiger Südstaaten wurden zusammen 426 Mordthaten und 2909 andere Gewaltthaten verübt.

Zweck aller dieser Scheußlichkeiten war, das „radikale Regiment und das Negerstimmrecht zu vernichten," wie sich die Kukluxe ausdrückten. Das so gepeinigte und niedergetretene legale Volk des Südens flehte den Congreß um Hülfe. Dieser entsendete ein Committee, das sich vom Thatbestand überzeugte, und der Congreß passirte hierauf das Kuklux-Gesetz, welches im Nothfalle auf beschränkte Zeit die "Habeas Corpus" suspendirte und den Gerichtshof der Vereinigten Staaten zum Einschreiten ermächtigte. In Folge dessen wurden im Monate Januar im Staate Nord-Carolina nicht weniger als 501 Personen wegen verschiedener Gewaltacte in den Anklagestand versetzt. Eben so zahlreich waren die begründeten Anklagen in den andern Staaten. Viele bekannten sich selbst schuldig, Andere wurden überführt. Die Zahl der Angeklagten und Ueberführten in den Südstaaten ist groß, und für diese sammelten Wade, Hampton und Andere Gelder und bestellten Vertheidiger.

Neverdy Johnson und Henry Stanbery waren diese Vertheidiger. Johnson, nachdem er sich von dem wahren Sachverhalte überzeugt, sah sich genöthigt, der Jury gegenüber zu äußern: „Ich habe mit Schaudern die glaubwürdigen Zeugnisse vernommen, welche hier vorgebracht wurden. Die verübten Gräuel sind entsetzlich und unmenschlich; sie lassen weder eine Entschuldigung noch Rechtfertigung zu, sie beleidigen jedes natürliche und menschliche Gefühl."

Das Einschreiten des Congresses und des Präsidenten hat vielen dieser Gräuelthaten ein Ende gemacht, und da schimpfte man über Centralisation und will uns dafür steinigen.

Südliche Staaten-Regierungen — Amnestie.

Der Süden bildet seit Jahren den Schauplatz für Wahl-Intriguen. Die Staatsregierungen im Süden waren schwach und schlecht, und da macht man uns dafür verantwortlich. Was haben wir damit zu thun? Die Administration hat keine Rebellen des Bürgerrechts für verlustig erklärt, sondern die Drei-Viertel-Majorität des Congresses in dem 14. Amendement. Dieses Amendement spricht keinem Rebellen das Recht zum Stimmen, wohl aber dasjenige, Aemter zu bekleiden, ab. Daraus folgt, daß es nicht die Schuld des Gesetzes ist, wenn schlechte Männer in den Südstaaten zu Aemtern gewählt werden. Die Thatsache ist, daß fähige, gebildete Männer daselbst es verweigerten, ein Amt anzunehmen; ebenso wollten sie nicht stimmen und beredeten die andern Rebellen dazu, desgleichen zu thun, um jede Reconstruction verhaßt und unmöglich zu machen.

Die Amnestie oder Nicht-Amnestie hat nichts mit den „Jobs" in den südlichen Legislaturen zu thun. Niemand ist noch um Amnestie eingekommen, der sie nicht erhielt. Noch nie wurde eine solche Milde gegen Rebellenführer angewendet.

Gegenwärtig sind bloß noch hundert bis zweihundert Mann im ganzen Süden, welche von Aemtern ausgeschlossen sind, und wir sind von dem Volke angeklagt, daß wir die Amnestie verweigern.

Die Amnestie ist gerade ein so plausibler Vorwand für eine politische Aenderung, wie der des Senators Sumner zur Erwählung Greeley's, weil er mit ihm in demselben Jahre geboren wurde.

Weßhalb eine Veränderung? Wer will sie?

„Friede und guter Wille gegen alle Menschen," war die Loosung unserer gegenwärtigen Regierung vom Beginn an, gegen den Süden sowohl, wie gegen die Indianer. Weßhalb eine Aenderung? Wer will sie? Und nun schlägt man uns einen Regierungswechsel vor; warum will man dies thun? Wer waren die Leute, welche sich in Cincinnati versammelten? Haben sie etwa die Geschäftsleute des Landes zusammenberufen oder gingen sie von uninteressirten wohlmeinenden Patrioten aus? Jedermann weiß, daß sie blos von Aemterjägern und zweifelhaften Charakteren, einige wenige ehrbare Menschen ausgenommen, zusammengetrommelt wurden.

Wenn solche Menschen von Reserve sprechen, ist es geradezu, als wenn verworfene Frauenzimmer davon sprechen, die anständigen Frauen bessern zu wollen. Es giebt Unverschämtheiten, die an das Sublime grenzen.

Herr Greeley und seine Ansprüche.

Es wird behauptet, daß die republikanische Partei an Horace Greeley eine bedeutende Schuld abzutragen hat. Ich sage, diese Schuld ist schon mit Zins und Zinseszinsen berichtigt. Herr Greeley hat Hunderttausende durch sein Blatt und seine Schriften aus der republikanischen Partei herausgeschlagen und ist durch sie zum reichen Mann geworden. Derselbe hat freilich nie erwählt werden können, weil eben das Volk kein Vertrauen in sein Urtheil und seine Beständigkeit hatte. Es wird auch nicht zu viel behauptet sein, wenn ich sage, daß kein einziger Politiker dieses Landes mehr nach Amt und Stelle dürstet, als Horace Greeley. Auf allen möglichen Tickets ist er gelaufen, alle Intriguen und Finessen der Demagogie hat er angewendet, um seinen Ehrgeiz zu befriedigen. Als er vor 20 Jahren in den Congreß erwählt wurde, blieb er nur 3 Monate, da sein Benehmen in den Hallen des Congresses ein so scandalöses war, daß Mitglieder ihn in offener Sitzung nachweislicher Lüge und gemeiner Auslassungen bezüchtigen konnten, Er ist von jeher, wenn nicht selbst intriguirend, das Opfer der Intrigue großer Schurken, wie Tweed und Consorten, geworden, mit denen er sich verband, um seinen nie ersättlichen Ehrgeiz zu befriedigen.

Herr Greeley als Finanzgenie.

Auch als Finanzverbesserer wollte Greeley auftreten, und ließ sich hierbei eine Inconsequenz nach der anderen zu Schulden kommen. Zuerst gegen den „Legal Tender Act"; er wurde plötzlich der eifrigste Vertheidiger desselben, sprach dies am 10. Februar 1862 öffentlich aus, und nannte sogar am 19. desselben Monats Jeden, der für Baarzahlung wäre, einen Freund der Rebellion. Nachdem durch die unmäßige Ausgabe von Papiergeld dasselbe fast ganz entwerthet war, drängte er wieder mit blödsinniger Hast zu einer sofortigen Einlösung, welche nach dem Urtheil jedes Vernünftigen im Augenblicke gradezu eine Unmöglichkeit war. Nichtsdestoweniger war er von seiner Meinung nicht abzubringen.

Am 5. Juni 1867 trat Greeley mit seinem alle Welt überraschenden Programm hervor. Ich empfehle dasselbe allen Freihändlern, Grundeigenthümern und Antisteuermännern. Es heißt darin unter Anderm: „Wir haben hier viele Tausende, welche ein Einkommen von $10,000 bis $1,000,000 jährlich haben. Gesetzt, sie müßten 10 Procent Einkommensteuer bezahlen, was schadet das? Sie brauchen nur ein Bischen weniger kostspielig zu leben; das ist Alles." „Englands Hauptquelle ist die Einkommensteuer," schreibt er unterm 10. Juni 1863. „Es sollen Alle, die ein Einkommen von $600 und darüber haben, 3 pCt. und die $10,000 Einkommen haben, 5 pCt. geben; mit anderen Worten, es ist eine Taxe, die der Arbeiterklasse gar nicht schadet und nur alle Anderen trifft.

Vergleichen wir damit, was er am 10. Dezember 1866 sagt:

„Wir glauben nicht, daß es noch eine Steuer giebt, die so drückend für das Volk wäre, als die Einkommensteuer."

Niagara-Fall-Friedens-Verhandlungen.

Herr Greeley, ehemals Lincoln's Beamter, wurde dessen Feind. Das wußte Lincoln und war auf seiner Hut. Dies ist aus jener famosen Niagara-Friedens-Affaire ersichtlich. Wie Greeley mit einer bewunderungswürdigen Consequenz stets das Unzeitgemäße that, so verlor er gerade 1854, wo Alles davon abhing, daß der Norden nur noch kurze Zeit mit Ausdauer verharre, den Muth und tadelte unsere Behörden, daß sie nicht Frieden zu machen versuchten.

Von Canada aus, dem Zufluchtsorte allen Gesindels der Rebellion, erhielt er von einem verkommenen, halbverrückten Individuum, Namens Cornwell, unterm 5. Juli 1867 einen Brief, worin es hieß, daß George N. Sanders wünsche, daß er nach dem Niagara-Fall komme, um mit ihm, der dazu autorisirt sei, Frieden zu schließen. Greeley, im Glauben, einen ausgezeichneten Fund mit jenem Schriftstück gemacht zu haben, sendete es mit einem Briefe an Lincoln, worin er dringend zum Frieden rieth und unter Anderem meinte, man solle 400 Mill. Dollars sowohl loyalen als sezessionistischen Elementen zahlen, um solch einer Insurrektion im Norden vorzubeugen.

Lincoln sah die Geschichte sofort von der richtigen Seite an und schrieb ihm in einem dieser Anschauung entsprechenden Tone zurück, er solle, wenn so ein Friedensvermittler und Landesbeglücker käme, ihn nur zu ihm schicken. Greeley, hierüber piquirt, antwortete, jene Leute würden ihre Beglaubigungspapiere nicht zeigen und bediente sich unter Anderem der Worte: „Wenn ich auch grün bin, so bin ich doch nicht so grasgrün, um mir so was einzubilden."

Der Präsident antwortete nicht, und drei Tage darauf schrieb Greeley einen ähnlichen Brief, wie den ersten, an Lincoln. Lincoln sprach jetzt ironisch seine Bewunderung aus, daß er sich noch nicht mit seinen Friedensvermittlern bei ihm eingestellt habe. Greeley merkte die Ironie Lincoln's nicht, noch, daß er das Opfer eines Betruges sei.

Wie Herr Greeley in ein falsches Licht gestellt wurde.

Greeley ging nach Niagara und kam mit Sanders, Thompson und Consorten zusammen. Dieselben erklärten nun zwar, daß sie gar keine Bevollmächtigung hätten, Frieden zu schließen, daß sie aber, wenn der Präsident sie protegiren wolle, heimreisen und die Gesinnung der Rebellen auskundschaften wollten. Jeder Andere wäre über diese Frechheit empört gewesen, nicht so Greeley: er trat vielmehr in Correspondenz mit ihnen. Das Resultat davon war, daß jene Leute, nachdem ihnen Greeley indiscreter Weise eine Depesche Lincolns ausgehändigt hatte, worin derselbe nur auf Friedensvorschläge, welche die Integrität der Union und die Abschaffung der Sklaverei in sich schließen und mit Leuten, die dazu autorisirt seien, eingehen zu wollen, anzeigte, daß jene angeblichen Friedensvermittler ihm vorwarfen, er habe sich zuerst ihnen aufgedrungen.

Den Präsidenten ziehen sie der Wortbrüchigkeit. Lincoln war hierüber natürlich im höchsten Grade indignirt und wünschte, daß Greeley die ganze zwischen ihnen gepflogene Correspondenz veröffentlichte, aber mit Ausnahme derjenigen Stellen, in denen Greeley das durch den Krieg herbeigeführte Elend des Landes in übertriebener Weise dargestellt hatte. Greeley wollte entweder Alles oder gar Nichts veröffentlichen, und so zog es Lincoln vor, um die entmuthigenden Berichte Greeley's dem Lande zu ersparen und dadurch einen größeren Schaden zu verhüten, lieber selbst in einem falschen Lichte dazustehen. Nach Lincoln's Tode kamen diese Thatsachen und Briefe an die Oeffentlichkeit. Lincoln hatte letztere im Vertrauen Mr. Raymond übergeben und dieser stellt Greeley in seinem „Leben Lincoln's" in einer Weise bloß, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. So viel aber geht aus dem Gesagten hervor, daß, während Lincoln mit Scharfsinn sofort das Richtige erkannte, Greeley sich durch ein paar Schwindler erbärmlich hinter's Licht führen ließ; ferner, daß Greeley, indem er jene Briefe nicht veröffentlichte, den Präsidenten in eine schiefe Stellung brachte, ihn sogar der Verleumdung aussetzte, statt ihn, wie es seine Pflicht war, durch Veröffentlichung derselben in der von Lincoln gewünschten Weise in den Augen Aller zu rechtfertigen.

Greeley als Politiker.

Nun möchte ich noch einen Punkt berühren, welcher Horace Greeley in einem ganz eigenthümlichen Lichte zeigt. Ich behaupte, daß im ganzen Lande kein Mensch ist, der mehr dazu beigetragen hat, den Rebellionskrieg heraufzubeschwören, als dieser Mann. Als im Jahre 1860 die Demagogen und Sklaven-Barone des Südens noch zwischen Treue und Verrath schwankten, da sie der Haltung der großen republikanischen Partei in dieser Frage mißtrauten, da war es die „Tribune," welche die Wagschale auf Seite des Verraths neigte. In einem Leitartikel der „Tribune" schrieb Horace Greeley. „Die Sklavenstaaten haben das Recht, aus der Union auszuscheiden. Wenn sie Abgesandte nach Washington schicken, so sagen wir: Laßt sie in Frieden ziehen." Als der Sessionsakte in der Legislatur von Georgia durch Stephens mit aller Macht durch dessen große Beredsamkeit opponirt wurde, da antwortete ihm Toombs mit dem Verlesen des Leitartikels aus der „Tribune," als einzige Erwiederung, und das Schicksal des Tages war entschieden.

Nach Fort Sumter wurde Greeley von Kriegsgelüsten aufgeblasen wie ein Truthahn, und sein Unkengeschrei: „Vorwärts nach Richmond!" führte nach Bull Run und opferte Tausende unserer Söhne und Brüder. Als der Schlag gefallen war, da schwieg wochenlang die große Trompete der „Tribune," um dann feiger und hinterlistiger Weise die Noten des Verraths zu blasen und die Schuld des Blutvergießens auf die Häupter Unschuldiger zu wälzen.

Doch später, als dem Hahne der Kamm wieder gestiegen war, las man in der „Tribune," daß Horace Greeley durch seinen wahnwitzigen Artikel den Befehl zum Vorrücken nach Massachusetts erzwungen hatte. Hat sich doch der gute Lincoln Freunden gegenüber oft über Greeley's Einmischung in Sachen, von denen er nichts verstand, beklagt.

Am 4. Mai kokettirte er mit den Demokraten, die ihm die Präsidentschaft anboten und hob die, die den Tammany-Sturz veranlaßten, bis in den Himmel. Bereits vor zwei Jahren suchte er die republikanische Partei zu zerstückeln und hat durch die Anerkennung der Cincinnati-Platform allen seinen Prinzipien in's Gesicht geschlagen. Mag nun das amerikanische Volk selbst über die Vergangenheit dieses Mannes entscheiden. So eine Coalition und so eine Nomination muß Verwirrung heraufbeschwören.

Schluß.

Und nun, in diesem wilden Parteikampfe, tritt die Forderung an das amerikanische Volk heran, über die Vergangenheit dieses Mannes zu entscheiden.

Schon sehen wir die Folgen in Süd-Carolina, wo die amerikanische Flagge mit faulen Eiern beworfen wurde und wo der Pöbel hier geborene Bürger Reden zu halten verhinderte, und so wird es gehen, bis im November die Würfel fallen werden.

In Virginien bereits herrscht eine Wirthschaft, welcher sich die besten Demokraten schämen. In West-Virginien versuchte man eine Fusion zwischen den "Outs" und den Demokraten, und man debattirt dort in der constitutionellen Convention die Frage wegen der Aufhebung der Verfassung und Beraubung der Farbigen um das Stimmrecht. In Tennessee führte eine demokratische Bewegung zur Zerstörung der Gemeindeschulen, in denen 190,000 Kinder unterrichtet wurden.

Man versuchte das Experiment in Missouri, und ein demokratisches Gouvernement und Frank Blair im Senat ist die Folge.

In allen Fällen litt dabei die öffentliche Wohlfahrt, und nun versucht man das Manöver mit der ganzen Nation.

Kein Wunder, daß auch die besseren demokratischen Zeitungen und ein großer Theil der Demokraten nichts mit dieser elenden Bewegung zu thun haben will, die die schlechtesten Elemente des Nordens und Südens an sich zieht. So steht die Sache. Auf der einen Seite eine sichere und solide Regierung, welche Frieden mit allen Nationen, häusliches Glück, blühenden Handel und Wandel haben will, auf der andern Seite eine Anhäufung von selbstsüchtigen maßlosen Männern. Ueber das Resultat sind wir beruhigt, denn die Generation, welcher die Vorsehung vergönnte, durch die Finsterniß der Rebellion zu blicken, diese Generation wird jetzt nicht blind sein.

Druck der „Oestlichen Post," No. 12 North William Str., New-York.